

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags, 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Einzelnummern 15 Pf. Für Wohnstätten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 15 Pf. für Wohnstätten. Inhaber: Wilsdruffer Tageblatt-Verlagsgesellschaft. Redakteur: Dr. G. Wilsdruff. Druck: Wilsdruffer Druckerei. Die Wilsdruffer Tageblatt-Verlagsgesellschaft ist eine eingetragene Gesellschaft mit dem Sitz in Wilsdruff. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Wilsdruffer Tageblatt-Verlagsgesellschaft ist eine eingetragene Gesellschaft mit dem Sitz in Wilsdruff. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Wilsdruffer Tageblatt: die Spezialisten-Kautionen 20 Goldmark, die Tagesblätter-Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark, die Spezialisten-Kautionen 20 Goldmark, die Tagesblätter-Zeit der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblatt-Verlagsgesellschaft ist eine eingetragene Gesellschaft mit dem Sitz in Wilsdruff. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Nr. 298. — 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonntag, 21. Dezember 1924

Curzons Vorwände.

Der Artikel 429 des Versailler Vertrages sagt: „Werden die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt, so wird die im Art. 428 vorgesehene Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt. 1. Nach Ablauf von fünf Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Köln und die Gebiete nördlich einer Linie, die dem Lauf der Ruhr, dann der Eisenbahn Jülich-Düren-Euskirchen-Rheinbach, sodann der Straße von Rheinbach nach Sinzig folgt und den Rhein bei der Mündung erreicht, wobei die genannten Straßen, Ortschaften usw. außerhalb der Räumungszone bleiben.“

Wenn also irgendeiner der 440 Artikel der Versailler Vertrages von Deutschland nicht erfüllt sein sollte am 10. Januar nächsten Jahres, dann nehmen sich die Entente-mächte daraus das Recht, an diesem Tage die Bestimmungen des Art. 429 nicht zu erfüllen. Schon als der Vertrag als solcher unterschrieben wurde, ist allseitig betont worden, daß der Versailler Vertrag unerfüllbar ist. Das hat ja schließlich die Entente auch selbst eingesehen. Die zahlreichen Abänderungen des Vertrages seit dem Tage seiner Unterzeichnung stellen den Versuch dar, die Forderungen der Entente mit deutschen Erfüllungsmöglichkeiten zu vereinbaren; allerdings, was der Vertrag an Tiefe abnahm, ersetzte er an immer weiterer Ausdehnung in die Breite.

Lord Curzon hat als Vertreter des englischen Ministerrates im Oberhaus nun die offizielle Erklärung abgegeben, daß am 10. Januar nächsten Jahres die Abänderung der Zone nicht geräumt wird. Als ein Sabotageakt von diesen englisch-französischen Absichten der Räumung Kenntnis gab, hielt man das in Deutschland nicht für möglich; das Auswärtige Amt allerdings war unerschrocken, daß dieser Entschluß bei der Zusammenkunft in London Chamberlains, des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen, mit Herriot gefaßt und dann von Mussolini, dem Vertreter der drittgrößten Ententemacht, gebilligt worden war. Das muß besonders betont werden, daß diese Beschlüsse der Entente durch die politische Entwicklung in Deutschland seit den Wahlen schon deswegen nicht beeinflusst wurden bzw. werden können, weil sie längst feststehen. Lord Curzon erklärte nun, daß Deutschland zwar die wirtschaftlichen Reparationspflichtungen, die ja durch den Londoner Pakt ihre Regelung gefunden haben, tatsächlich erfüllt habe, daß aber dies nicht der Fall sei bei den militärischen Verpflichtungen. Der Bericht der interalliierten Militär- und Kontrollkommission, der übrigens vor dem 10. Januar ganz unumwunden eingesehen werden konnte, lege dar, daß Deutschland die militärischen Vorschriften des Versailler Vertrages nicht ausgeführt habe. Außerdem seien die Arbeiten der Kommission „auf andauernde und hartnäckige Hemmungen seitens Deutschlands gestoßen“. Erst wenn der Bericht eingegangen sei, solle darüber beraten werden, und zwar von den Alliierten allein, in welchem Maße die Bedingungen des Vertrages erfüllt worden seien und ob der erste Schritt der Räumung durchgeführt werden könne.

Selbstverständlich fügt Lord Curzon hinzu, daß die Königlich britische Regierung den dringenden Wunsch habe, die Besetzung nicht zu verlängern, denn je früher die Besetzung abmarschieren könne, desto besser würde es für Europa sein. Und mit feineren Gesichten, ohne mit der Wimper zu zucken, hören sich das die edlen Lords des Oberhauses an, getreu dem alten Grundsatz, daß man Verträge hält, nur wenn es Nutzen bringt, und daß man um Gründe nicht verlegen ist, Verträge zu brechen.

Die Franzosen haben auf der ganzen Linie gefiegt. Der „Matin“ bringt es fertig, aus dem stückweise eintreffenden Bericht der interalliierten Kontrollkommission wuschmannd eine der schwersten Verletzungen Deutschlands gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen: Deutschland dürfe nur 701 000 Hülsen für die Kavallerie und die Bespannungen der Reichswehr haben, es sei aber festgestellt, daß 704 000 vorhanden seien. So schreibt der „Matin“! So schreibt der Bericht. Es erübrigt sich wohl, auch nur ein Wort darüber zu verlieren.

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß es den Alliierten gelingen wird, mittels dieses einseitig von der Militärkommission ohne jede deutsche Gegenäußerung hergestellten deutschen Verlaufs das Recht der Entente festzuhalten, die Kölner Zone vorläufig nicht zu räumen. Man wird dann an Deutschland etwa mit dem Geißel, der aus den Schlussätzen Lord Curzons spricht, die Mittelung machen, daß man diese Verletzungen Deutschlands ganz außerordentlich bedauere, ebenso den daraus sich ergebenden Zwang für die Entente, die Kölner Zone solange besetzt zu halten, bis Deutschland seine Verletzungen beseitigt hat. Vielleicht wird man dann noch hinzufügen, daß man sich von dieser Befestigung aber erst durch eine neue Kontrolle überzeugen müsse, ehe man an die Räumung herangehen könne. Und zu unserem Trost wird man uns dann vielleicht auch die schönen Reden aus der Genfer Völkerbundtagung als Beilage zu jener Note übersenden.

Die Regierungsbildung vertagt

Krisenlösung erst im Januar.

Berlin, 19. Dezember.

Reichstanzler Marx berichtete nach amtlicher Mitteilung heute dem Reichspräsidenten über seine Gespräche mit den Parteiführern, die ergeben haben, daß die Fraktionen an ihren Beschlüssen festhalten und daher zurzeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich erscheint. Reichspräsident und Reichstanzler kamen bei dieser Sachlage dahin überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des Reichstags hinausgeschoben wird und das Kabinett bis dahin die Geschäfte weiterführt. Der Reichstanzler hielt später eine Ministerbesprechung ab, in der er über die Lage Bericht erstattete. Die Minister traten den Ausführungen des Reichstanzlers bei und erklärten sich bereit, die Geschäfte weiterzuführen.

Der Reichstanzler hatte bei seinen Verhandlungen noch die Führer der Demokraten und der Deutschen Volkspartei empfangen. Die demokratischen Unterhändler erklärten, daß sie unbedingt an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Bürgerblock festhalten müßten, während die Führer der Deutschen Volkspartei, eine Koalition mit den Sozialdemokraten abzuweisen scheu unerlässlich sei.

Beschluß der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Fraktion gibt folgenden Beschluß bekannt: „Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß aus Gründen der äußeren und der inneren Politik eine Rearteruna des Bürgerblocks verhindert werden muß.“

In Rücksicht auf die Haltung der Deutschen Volkspartei sieht sie in der Bildung der Weimarer Koalition die gegebene Lösung.“ Diese Koalition, die gewöhnlich als Wirth-Koalition bezeichnet wird, bestand aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Rheinisches Zentrum an Marx.

Die heutige Parteilakonferenz der rheinischen Zentrumspartei in Köln sprach der Reichstagsfraktion in einer einstimmig gefaßten Entschließung ihren Dank und Anerkennung aus für die Klarheit, Klarheit und Entschiedenheit ihrer Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung. Die rheinische Zentrumspartei schloß daraus die Zuversicht, daß die bisherige gerade Linie der Außen- und Innenpolitik des Reichstanzlers Marx von der neugewählten Zentrumspartei folgerichtig weitergeführt werde. In einem Telegramm spricht das rheinische Zentrum ferner dem Reichstanzler Marx für seine Stellungnahme in und nach dem Wahlkampf seinen tiefen Dank aus.

400 000 ungünstige Wahlstimmen.

Insgesamt sind im Reiche 399 987 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl verloren gegangen. Diese Zahl erscheint an und für sich außerordentlich hoch, stellt sie doch annähernd 1 1/2 % der Zahl aller Wahlberechtigten dar. Bei der Wahl am 4. Mai gab es jedoch noch wesentlich mehr ungünstige Stimmen, nämlich 427 634. Demnach ist ein Rückgang um mehr als 27 000 Stimmen eingetreten, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Wahlbeteiligung diesmal stärker gewesen ist als am 4. Mai. Die Wahlbeteiligung betrug diesmal 80 %, im Mai 77,4 %.

Keine Verständigung mit der franz. Schwerindustrie.

Eigener Fernsprechklausel des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 20. Dezember. Die Sachverständigen der deutschen Schwerindustrie sind zum Teil gestern, zum Teil heute nach Deutschland zurückgekehrt. Die gestrige Sitzung hat gezeigt, daß eine Verständigung mit den französischen Vertretern vorläufig nicht zustandekommen kann. Die Besprechungen sind daher vorläufig abgebrochen worden. Die Sachverständigen kommen Anfang Januar wieder zusammen. Die deutsche Wirtschaftsdlegation stellt gegenwärtig das Ergebnis der bisherigen Besprechungen auf. Am Montag verläßt sie Paris, um am 30. Dezember wieder nach hier zurückzukehren. Die erzielten Teilergebnisse können nicht mit der Tatsache veröhnen, daß auf allen Gebieten die Hauptgegenstände sich bisher nicht überbrücken ließen.

Wieder ein englisches Kriegsgerechtesurteil

Eigener Fernsprechklausel des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Köln, 20. Dezember. Vor dem britischen Kriegsgericht standen zwei Direktoren, der Geschäftsführer, der Pförtner und ein Kaufmann vom hiesigen Monopol-Tanzpalast. Die Anklage schließt den Angeklagten die Verantwortung dafür zu, daß in der Nacht vom 30. November gegen 2 Uhr zwei englischen Polizeioffiziere bei ihrem dienstlichen Gang der Eintritt in das Haus verweigert wurde. Die beiden haben etwa eine Viertelstunde vor der Tür warten müssen, ehe sie Einlaß fanden. Das Gericht verhängte gegen den ersten Direktor 2000 Mark Geldstrafe oder zwei Monate Gefängnis, gegen den zweiten Direktor einen Monat Gefängnis, gegen den Geschäftsführer zwei Monate Gefängnis, gegen den Pförtner zwei Wochen und gegen den Kaufmann eine Woche Gefängnis.

Hymanns über das Sicherungsproblem.

Eigener Fernsprechklausel des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 20. Dezember. Der soeben aus Rom zurückgekehrte belgische Außenminister Hymans hat dem Brüsseler „Tempo“-Korrespondenten erklärt, er habe während seiner Unterredung mit Chamberlain eingehend die Lage Belgiens zur Sprache gebracht und ihm den Standpunkt in der Sicherungsfrage dargelegt. Ich habe, so sagte Hymans, betont, daß wir vor den Gefahren, wie wir sie durchmachen mußten, in Zukunft geschützt sein müssen. Belgien verpönt nicht den geringsten Wunsch, an dem großen internationalen Wettbewerb teilzunehmen. Es erstrebt Frieden und Sicherheit und ist der Ansicht, daß Sonderabkommen (wie eine Bestimmung des Genfer Protokolls dorfelst) direkte und wirksame Sicherungsgarantien an die Hand geben würden. Darauf habe Dr. Benech in Genf hingewiesen

und Briand stehe dieser Idee sympathisch gegenüber. Hymans gab der Uebersetzung Ausdruck, daß auf das Genfer Protokoll zurückgegriffen werden wird.

Chamberlain über die Marokkofrage.

London, 20. Dezember. Der liberale Abgeordnete Kennworthy richtete an die Regierung eine Anfrage über die Lage in Marokko. Chamberlain erwiderte, daß das spanische Direktorium den Rückzug beschlossen habe, um eine neue Marokkopolitik zu beginnen und um die spanische Oberhoheit auf andere Weise zu festigen. Chamberlain sagte, daß er die Haltung der britischen Regierung in der Marokkofrage noch nicht darlegen könne. Es sei jedoch klar, daß derartige Unruhen an den Regierungen anderer Mächte nicht unbemerkt vorübergehen könnten. Am interessantesten sei natürlich Frankreich. Keine an Nordafrika interessierte Macht könne sich von den Ereignissen in irgendeinem Teile Nordafrikas vollkommen fernhalten. Damit solle nicht gesagt sein, daß daraufhin irgendwelche Ansprüche auf eine Intervention erhoben werden könnten. Doch handle es sich schließlich um gemeinsame Interessen. Er setze voraus, daß die Regierung bei ihren Bemühungen, die Schwierigkeiten zu lösen, vom Unterhause in vollem Maße unterstützt werden würde.

Aufgabe von Tetuan.

Paris, 20. Dezember. Hovos wetter aus Hendaya, daß der Sitz des Oberkommandos in Marokko von Tetuan nach Larache verlegt worden ist.

Japan verzichtet auf amerikanischen Flottenbesuch.

Tokio, 20. Dezember. Premierminister Kato erklärte, daß die japanische Regierung nach eingehender Beratung das frühere Angebot der amerikanischen Regierung, die amerikanische Flotte nach Yokohama zu entsenden, dankend abgelehnt hätte.

Ausführung der besonderen polizeilichen Maßnahmen in London. London, 19. Dezember. Die besonderen polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen, die zum Schutze der Minister und Parlamentarier nach der Ermordung Sir Lee Stacks getroffen wurden, sind jetzt aufgehoben worden.

Deutsche Fischdampfer verunglückt. Christiania, 19. Dezember. In der Nähe von Langesund stießen 2 deutsche Fischdampfer bei unsichtbarem und regnerischem Wetter zusammen, wobei der eine „Heinrich Huch“ aus Hamburg sofort sank. Hierbei kamen fünf Mann der Besatzung der zweiten Steuermann, der Maschinist, der Koch und zwei Mann zu Tode. Die übrigen wurden von dem anderen Fischdampfer „Bremen“ aus Bremerhafen gerettet, nachdem sie 20 Minuten im Wasser gelagert hatten.